

dene ausländische Vertretungen in der russischen Hauptstadt verteilt wurde, ist nun zu entnehmen, daß den Sowjets die Existenz der Nato gar nicht so unheimlich ist, wie sie im allgemeinen behaupten. Bulganin sagte: Die Nato „hat die Verteidigungssituation Rußlands nicht ungünstig beeinflußt. Im Gegenteil, wir verdanken ihrer Existenz ziemlich viel. Wir haben sie sogar einkalkuliert“.

Nun könnten zwar dem Fuchs Bulganin die Trauben der Nato sauer sein, weil sie ihm zu hoch hängen, aber auch in der amerikanischen Generalität dringt heute immer stärker der Gedanke durch, daß die Bindung der USA an die Nato, so wie sie zur Zeit organisiert ist, das eigentliche Handicap des strategischen „new look“ sei.

Es bleibt so der logische Einwand, daß die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG) ja nur ein Wurmfortsatz der Nato ist, und mithin es wider die Vernunft sei, daß die Amerikaner dieses Projekt mit derselben Sturheit verfechten (obgleich es die Zersplitterung ihres Potentials noch steigert), wie es die Russen ablehnen (obgleich es ihrem Ziel der Verzettlung der amerikanischen Rüstung doch nur entgegenkommt).

Diese Argumentation wird nun von einer Schule westeuropäischer und amerikanischer Politiker und Militärs mit folgenden Themen abgelehnt:

- Im Kreml bestehe heute die feste Überzeugung, daß die Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR einmal kommen muß, wie es ein Naturgesetz will, daß es immer wieder Krieg gibt, und wie der Zusammenstoß zweier Rivalen eine Zwangsläufigkeit ist, und wenn noch zehn, zwanzig oder fünfzig Jahre vergehen. Die offizielle Theorie von der Chance einer Ko-Existenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei nichts als eine Augenwischerei. Alle anderen Nationen außer diesen beiden atomaren Mächten würden bei der Auseinandersetzung nur Hilfestellung leisten, sei es als Verbündete oder als Neutrale.
- In den Köpfen der Sowjet-Führung erhalte die Idee immer mehr Kontur, daß zwölf deutsche Divisionen dem Lawinengesetz gehorchen würden: Aus zwölf würden in absehbarer Zeit 24, aus 24 würden 48 Divisionen entstehen. Erst durch die Deutschen würde die Nato ihre aggressive Spitze erhalten. Der militärische Elan der Deutschen würde mithin gerade das verhindern, was die Sowjets beabsichtigen: die Konzentration ihres Potentials auf den einen wirklichen Angriffspunkt, nämlich Amerika.

Nicht weit davon entfernt scheinen auch gewisse Überlegungen der amerikanischen Politik hinzuzielen. In seiner Rede vor dem National Press Club in Washington am 22. Dezember vorigen Jahres drohte John Foster Dulles, entweder werde die EVG-Konzeption nun endlich durchgepaukt, oder aber die Verteidigungssituation in Europa werde prinzipiell überprüft: „Selbstverständlich werden wir etwas unternehmen, wenn die EVG scheitert. Was wir dann aber tun, könnte sich unter Umständen wesentlich von dem unterscheiden, auf dessen Verwirklichung wir gehofft hatten.“

Aus all diesem läßt sich heute bereits die Formel abziehen, daß die Amerikaner

mit dem unbequemen Engagement in Europa auf die Dauer nur unter der Voraussetzung einverstanden sein werden, daß die Nato durch deutsche Divisionen einen Impuls erhält, der das amerikanische Engagement in Europa durch eine echte Gefährdung der Sowjet-Union rechtfertigt.

Würde die Nato nur auf sich allein gestellt bestehen, dann könnte der Ostblock das Gros seiner Truppen aus den europäischen Gebieten abziehen und nur Sicherungstreitkräfte dort belassen. Würden jedoch deutsche Kräfte aufgestellt sein, dann wäre — jedenfalls nach der Auffassung der zitierten Kreise — das Moskau-Ziel einer maximalen Konzentration auf einen Angriffspunkt eine Illusion.

Die Vertreter dieser Theorie, die heute in Paris, Lissabon, Madrid wie im Penta-

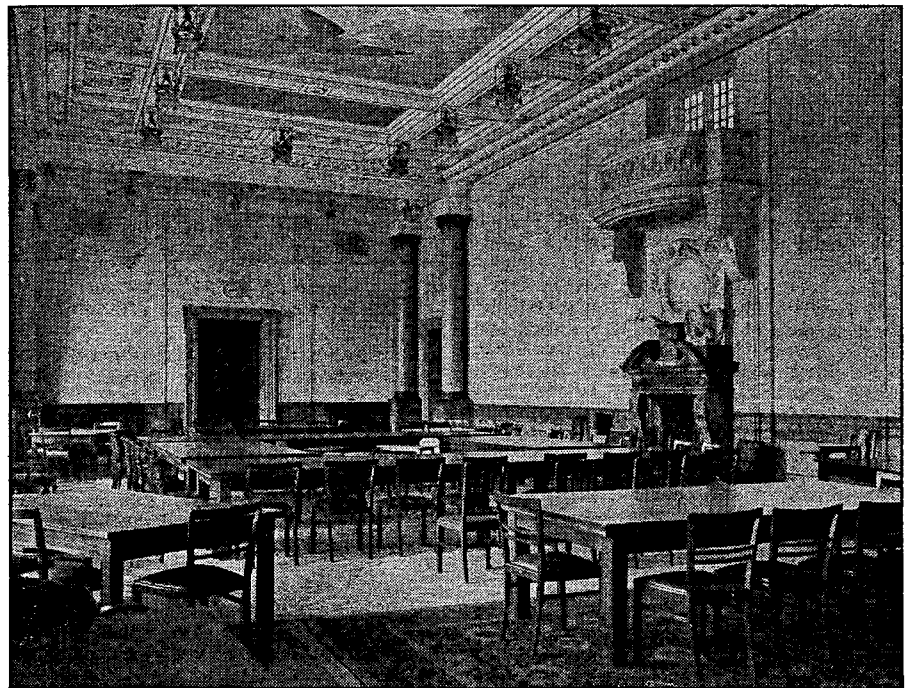
AUSLAND

KRAULAND-PROZESS

Auspacken in Österreich

Die Österreicher mästen sich am deutschen Eigentum“, schimpfte einst Dr. Thomas Dehler. Damals war er noch Bundesjustizminister.

Im „Grauen Haus“, dem Sitz des Wiener Landgerichts, begann nun am Mittwoch der letzten Woche ein Prozeß, der, wenn nicht alles täuscht, eine Menge Beweismaterial für Dehlers undiplomatische Sonntags-Großsprecherei beibringen wird. Vor Ge-



Sitzungssaal im Kontrollrats-Gebäude: Wo Freisler tobte

gon Washingtons sitzen, steigern sich sogar zu der Hypothese, daß die Aufstellung deutscher Divisionen früher oder später zu Präventivmaßnahmen der Sowjets führen würde. „Wenn in naher Zukunft deutsche Truppenverbände organisiert werden, dann ist der Krach bald da, das ist so sicher, wie wir alle einmal sterben müssen“, erklärte zwei Wochen vor Berlin ein hoher portugiesischer Generalstabschef.

Darüber hinaus ist sicher, daß in Sitzungen des spanischen und portugiesischen Ministerrates im November vorigen Jahres die wehrpolitischen Dispositionen dieser iberischen Mächte auf einen Nenner gebracht wurden: Im Falle der Aufstellung deutscher EVG-Kontingente müsse mit militärischen Reaktionen der Sowjets gerechnet werden.

Spanische Politiker und Militärs versichern, daß im State Department und im Pentagon die Lage ganz ähnlich analysiert wird. In Madrid und Lissabon wird daher damit gerechnet, daß in Berlin die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschland von beiden Seiten zu Kompensationsgeschäften angeboten werden wird.

richt steht der ehemalige, langjährige Minister für Vermögenssicherung, Dr. Peter Krauland. Die Anklage macht ihm die Untreue von Werten zum Vorwurf, die er zu verwalten hatte. Es waren zum größten Teil deutsche Werte.

Der Prozeß weckt unschöne Erinnerungen an vergangene Nachkriegsjahre, die man beiderseits der österreichisch-deutschen Grenze möglichst schnell vergessen möchte. Darüber hinaus aber hat das Verfahren gegen Krauland für Österreich noch eine nationale Bedeutung, und auch sie ist keine gute. Sie betrifft die österreichische Sozialstruktur, deren Kräfte, Mächte und Privilegien sorglich nach dem Schema verteilt sind: Die eine Hälfte für die katholische Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die andere für die Sozialdemokraten. Man nennt das den schwarz-roten Partei-Proporz.

Nach diesem ungeschriebenen Grundgesetz werden die Posten in der Österreichischen Bundesbahn, in der staatlichen Tabakregie und auch in der Verwaltung beschlagnehmter Vermögen auf die Mitgliedskarteninhaber der beiden Parteien

Auf Draht

IN APOTH. + DRUG. 90 PF.

Halloo-Wach

taufriisch

BEI ERMÜDUNG

Halloo-Wach

gütgelannt

AMOL-WERK HAMBURG

aufgeteilt. Die Elite der ÖVP im täglichen Kleinkampf des Parteiproporz um die Postenverteilung bildet der „Cartellverband der katholisch-österreichischen Studentenverbindungen“ (ÖCV).

Der Verband, zu dessen Zielen vor 1938 auch die Schaffung Großdeutschlands gehörte, umfaßt nahezu alle farbentragenden, aber nichtschlagenden Verbindungen Österreichs. Nach dem Kriege wurde er zum bedeutendsten Lieferanten von akademischem Nachwuchs für die ÖVP.

Es hatte somit für österreichische Nachkriegsverhältnisse durchaus nichts Absonderliches an sich, daß Dr. Kraulands Zuständigkeitsbereich sich zu einer Pflanzschule des ÖCV entwickelte, zumal Krauland selbst ein alter ÖCVer war.

Er ist es nicht mehr, denn im Sommer 1951 hat das Oberste Ehrengericht des Verbandes den bis dato Alten Herrn Dr. Krauland „in perpetuo“ (für immer) aus den Mitgliederlisten gestrichen — mit einer Begründung, die sich jetzt als höchst unvorteilhaft erweisen könnte. Ihm wurde vorgeworfen, daß er zu den gegen ihn wegen Korruption erhobenen Beschuldigungen geschwiegen habe.

Eben diesem Vorwurf des Schweigens will nun Dr. Krauland in dem bevorstehenden Prozeß entgegenreten. Er will reden und nennt das unheilverkündend „auspacken“.

Einer der Anklagepunkte gegen Dr. Krauland betrifft die „Wiener Farbenfabrik“ der deutschen Firma Kast und Ehinger. Die Fabrik, deren Aktiven 2,3 Mill. Schillinge (1 Schilling gleich 16 Pfennig) betragen, wurde gegen einen Kapitalnachweis von nur einer Million Schillingen verpachtet. Der Pachtzins wurde — obgleich die Jahresgewinne die Millionengrenze übersteigen — mit 51 000 Schillingen festgesetzt. Die Fabrik wurde an die schweizerische Firma Labitzke verpachtet — mit der Verpflichtung, die mittellose Wiener Firma Seemann als Viertelpächterin mit in den Vertrag aufzunehmen, Inhaber der Firma Seemann ist Dr. Krauland.

Aber nicht dieser Anklagepunkt ist es, der den ÖCV beunruhigt. Der Punkt, bei dem das von Dr. Krauland angedrohte „Auspacken“ bedenklich werden könnte, handelt von den dunklen Machenschaften bei der Verwaltung der in der Steiermark gelegenen Guggenbacher Papier- und Zellstofffabrik des unter Vermögensverwaltung gestellten Dr. Adolf Sandner.

Im Jahre 1945 hatten Österreichs Parteien, zu deren renommierter Oberklasse damals auch noch die Kommunisten gezählt wurden, die bei den Beschlagnahmungen anfallenden Druckerei- und Papierbetriebe nach dem Parteiproporz untereinander aufgeteilt. Dr. Sandners Betrieb fiel dabei der ÖVP zu.

Der Pachtzins für die Fabrik hätte nach Ansicht von amtlichen Sachverständigen gutachten 640 000 Schillinge betragen müssen. Sie wurde verpachtet für 300 000 Schillinge. Die Pachtfirma aber mußte für diesen ungewöhnlichen Vorteil 700 000 Schillinge an die ÖVP entrichten.

Wie es zu diesem strafwürdigen Vorgang gekommen ist und welche Hintergründe er hatte, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Aber so viel weiß man bereits: In der Visierlinie von Dr. Kraulands Drohung, „auspacken“, steht der ehemalige Generalsekretär der ÖVP, Dr. Felix Hurdes.

Hurdes machte sich nach dem Kriege durch die Erfindung des „Hurdestanisch“ einen Namen — einer amtlichen Abwandlung der damals als peinlich empfundenen deutschen Sprache ins „Österreichische“. Er ist jetzt Präsident des österreichischen Nationalrats. Hurdes ist ÖCVer.

Aber selbst wenn es Dr. Krauland nicht gelingen sollte, den ehemaligen Cartell-Bruder Hurdes zu sich auf die Anklage-



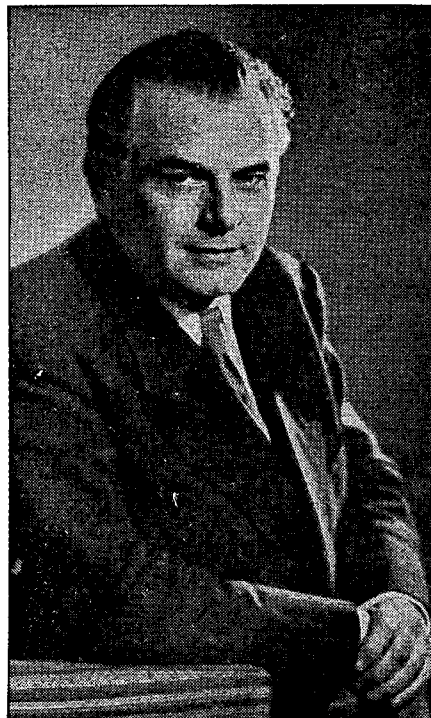
Unschöne Erinnerungen...
Minister a. D. Dr. Peter Krauland

bank zu ziehen, bleiben die Dinge für den Cartellverband peinlich genug. Neben Krauland sitzen ohnehin zwei weitere ÖCVer, seine Ministerialbeamten Hintze und Robetschek. Nicht genug damit. Im Dezember wurden zwei namhafte ÖCVer in anderen Korruptionsprozessen zu insgesamt zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Der eine von ihnen — Dr. Maitz — dichtete dem ÖCV dessen Bundeslied:

Mögen andere wünschen, suchen.
Wir sind über Gut und Geld.
Meine Eichen, meine Buchen!
Heil CV, du meine Welt!

Dr. Maitz hat als Messedirektor von Graz rund 120 000 Schillinge unterschlagen.



... an vergangene Nachkriegsjahre
Nationalratspräsident Dr. Felix Hurdes

SCHWEIZ

Verhör im Rausch

Als die zwanzigjährige Dirne Liliane Rod in Zürich im Hause Dufourstraße 80 von einem unbekannten Täter sexualgemordet wurde, ließen gewisse Indizien darauf schließen, daß der Mörder ein Woll-Fetischist gewesen sein mußte.

Diese Kombinationen führten am 23. März letzten Jahres (der Mord war in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar 1953 begangen worden) zu der Verhaftung eines in Luzern wohnhaften Mannes namens Fritz Stuckmann, der einst bessere Zeiten gesehen hatte, als Woll-Fetischist in einschlägigen Kreisen bekannt war und oft das Züricher „Milieu“ aufgesucht hatte.

Die Untersuchung gegen Fritz Stuckmann, der die Tat leugnete, zog sich über Monate hin. Weder gelang es dem Staatsanwalt Dr. Gerold Lüthy, der die Untersuchung zuletzt führte, einen lückenlosen Indizienbeweis zu führen, noch gelang es Fritz Stuckmann, dem Angeklagten, für die kritische Nacht ein einwandfreies Alibi zu beschaffen. Der behauptete zwar, in der Mordnacht in Luzern geweilt zu haben, aber an seinen Kleidern und an seinem Körper wurden vom Gerichtslaboratorium Zürich Spuren nachgewiesen, die den Verdacht bestärkten, daß der Angeklagte mit der ermordeten Dirne etwas zu tun gehabt hatte.

Der Fall schien ausweglos zu sein. Man wies Fritz Stuckmann zur psychiatrischen Untersuchung in die kantonale Heil- und Pflegeanstalt Rheinau ein, die unter der Direktion von Professor Hans Binder steht und öfters in Kriminalfällen zu Expertisen herangezogen wird. Wie der Staatsanwalt, so wurde auch Professor Binder von der natürlichen, selbstsicheren Art beeindruckt, mit der Fritz Stuckmann die Tat leugnete und sich als unschuldig bezeichnete.

Nach der übereinstimmenden Meinung von Staatsanwalt und Professor schienen die wiederholten Aussagen des Angeklagten, der sich niemals widersprach und auf keine Falle hereinfiel, glaubhaft. Aber die vorhandenen Indizien sprachen deutlich gegen ihn, und so schien kein Weg aus der Sackgasse herauszuführen, in die nun die Untersuchung geraten war.

In diesem Stadium der Untersuchung entschlossen sich Staatsanwalt Dr. Gerold Lüthy und Professor Binder gemeinsam, einen außergewöhnlichen Schritt zu wagen. Außergewöhnlich wenigstens in der Schweiz, oder besser gesagt im Kanton Zürich. Sie beschlossen, Fritz Stuckmann einer Narko-Analyse zu unterwerfen, und zwar durch eine möglichst langsame intravenöse Injektion einer Lösung von Pentothal.

Grundstoff des Pentothals ist die Barbitursäure, die auch den gewöhnlichen Schlafmitteln zugrunde liegt. Durch gewisse Änderungen der Zusammensetzung kann aber eine Lösung gewonnen werden, die nicht Schlaf herbeiführt, sondern einen Zustand von Benommenheit, das heißt eine allgemeine Herabsetzung der Helligkeit des Bewußtseins ohne wesentliche Störung der psychischen Zusammenhänge. Bei richtiger Dosierung ermöglicht dieser Zustand immer noch die Führung einer zusammenhängenden Unterhaltung mit dem Patienten, aber dieser ist enthemmt, „intellektuell kritiklos“ (wie Professor Binder sich ausdrückt), es ist eine Bewußtseinstrübung herbeigeführt, die sich als generelle Euphorie (allgemeines Glücksgefühl) äußert.

Im subnarkotischen Zustand ist der Patient geneigt, Dinge auszusprechen, die er bis dahin absichtlich verschwiegen hat. Sein Wille, diese Dinge weiterhin zu ver-